Kreis Ostholstein

Gleichstellungsbeauftragte

21. Tätigkeitsbericht

Arbeitsschwerpunkte
2010

Kreis Ostholstein
Gleichstellungsbeauftragte
Lübecker Straße 41, 23701 Eutin

Christine Ewers

Silke Meints

Januar 2011

Arbeitsschwerpunkte auf einen Blick

	Seite
1. Einleitung	4
2. Arbeit und Wirtschaft	4
3. Frauenförderung im internen Verwaltungsbereich	4
4. Frauenpolitik im Selbstverwaltungsbereich	6
5. Informationen und Beratung für Frauen	7
6. Öffentlichkeitsarbeit	7
7. Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Gruppen	9
8. Ausblick	10

1. Einleitung

Die Gleichstellungsbeauftragte des Kreises Ostholstein (GB) legt dem Kreistag den 21. Tätigkeitsbericht vor. Auf den folgenden Seiten zieht die GB Bilanz über ihre Arbeit von Januar bis Dezember 2010. In Ergänzung zur Produktbeschreibung soll der Bericht einen kurzen Überblick über die Schwerpunkte der Arbeit geben, die das Ziel der Verbesserung der Situation von Frauen in Ostholstein verfolgen.

2. Arbeit und Wirtschaft

Ziele: Bessere Bedingungen für die Erwerbstätigkeit von Frauen, insbesondere Erhöhung des Frauenanteils in Bereichen und Positionen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind und Förderung des Geschäftserfolges von selbstständigen Frauen durch Fortbildung und Kontakte

Der **Stammtisch für Unternehmerinnen, Gründerinnen und weibliche Führungskräfte aus Ostholstein** konnte in 2010 auf sein **erfolgreiches 5-jähriges Bestehen** zurückblicken. Folgende Vorträge und Programmpunkte standen auf der Tagesordnung:

- Einladung der Sparkasse Ostholstein zum Thema „Keine Angst vor der Presse“
- Die Stimme als Instrument und Werkzeug
- Erbrecht – Balance zwischen Absicherung der Familie und Unternehmensnachfolge
- Sommerfest – Besuch bei Radio Schleswig-Holstein in Kiel
- Einkommenssicherung bei Ertragsausfall und Berufsunfähigkeit

Die Vorträge wurden vorwiegend von Stammtischteilnehmerinnen gehalten. Nur das Thema Pressearbeit übernahm ein Redakteur der Lübecker Nachrichten.

Die GB gehörte folgenden **Beiräten** an, dem:

- „Regionalbeirat“ als stellvertretendes Mitglied
- “Arge-Beirat“ mit Gastrecht.

3. Frauenförderung im internen Verwaltungsbereich

Ziele: Erhöhung des Frauenanteils in Bereichen und Positionen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind und Umsetzung familienfreundlicher Arbeitszeiten.

Eine der wichtigsten Aufgaben der GB ist die im Schleswig-Holsteinischen Gleichstellungsgesetz festgelegte **Beteiligung an personellen und organisatorischen Maßnahmen.** Sie wurde im Berichtszeitraum an rund 100 Stellenbesetzungen beteiligt. All diese Maßnahmen der Kreisverwaltung wurden unter Gleichstellungsaspekten begutachtet. Die GB hat per Gesetz die Möglichkeit, Widerspruch einzulegen, von dieser Regelung wurde im Berichtszeitraum kein Gebrauch gemacht.

- Die GB hat an der **Projektgruppe** „**Leistungsorientierte Bezahlung**“ teilgenommen.
- Sie organisierte einen Stammtisch für **weibliche Führungskräfte.**
- Sie nahm an **Fachbereichsleitungskonferenzen und Monatsgesprächen** mit Verwaltung und Personalrat teil.
- Außerdem hat sie Beschäftigte und Führungskräfte **bei Fragen und Konflikten beraten.**

Der Personalbericht mit Stand vom 31.12.2009 wurde Mitte des Berichtsjahres von der Verwaltung vorgelegt. Dieser Bericht weist sowohl Erfolge als auch weitere Handlungsfelder für die Gleichstellungsarbeit auf und bestätigt damit den Trend der letzten Jahre.
Die Personalstrukturen haben sich insofern verändert, als der **Frauenanteil pro Kopf** an den insgesamt 531 Beschäftigten leicht angestiegen war auf **56,3%** (im Jahr 2008 waren es 55,45%). Dass der Frauenanteil trotz des Personalabbaus zugenommen hat zeigt, dass hiervon nicht überwiegend Frauenarbeitsplätze betroffen waren.
Am Arbeitszeitvolumen orientiert, lag der Frauenanteil bei 51,46%. Diese Zahl spiegelt wieder, dass rund **85% der Teilzeitbeschäftigungen von Frauen ausgeübt** wurden, und zwar meistens auf grund von Familienpflichten. Bei den Männern hingegen lag der Teilzeitanteil bei rund 15 %, wobei die Reduzierung hier überwiegend in Altersteilzeit begründet lag und nicht aufgrund von Familienarbeit beantragt wurde.
Diese Zahlen drücken aus, dass sich die **traditionelle Rollenverteilung** im Familien- und Berufsleben beständig hält.

Dementsprechend wurde auch **Elternzeit,** die Beurlaubung zur Betreuung der Kinder, am Stichtag 31.12.2009 von 10 Frauen, aber nur von einem Mann wahrgenommen. Während sich die weiblichen Beschäftigten ein Jahr und länger beurlauben ließen, ging der männliche Beschäftigte etwa ein halbes Jahr in Elternzeit. Im Bundesdurchschnitt nahmen Väter oft nur die zwei Monate in Anspruch, durch die sich die Elternzeit lt. Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz um genau diesen Zeitraum verlängern lässt.

Bei den **Führungspositionen** war die Vorherrschaft der Männer ungebrochen. Obwohl der **Frauenanteil** insgesamt weit über 50% lag, betrug er bei Führungspositionen (Fachbereichsleitungen und Fachdienstleitungen) **weiterhin nur 17%.** Diese Zahlen korrespondieren mit dem stagnierenden Frauenanteil im Management kleiner und mittlerer deutscher Unternehmen (Studie Lübecker Databyte vom Juli 2010). In den 200 größten Unternehmen z.B. fällt der Anteil sogar auf knapp 1% aller Vorstandsposten ab. Es besteht immer noch Nachholbedarf, der ebenfalls in den althergebrachten Rollenmustern begründet liegt.

Die Auswertung der **Leistungsorientierten Bezahlung** (LOB) vom 12.05.2010 lässt vermuten, dass Beurteilungsfehler tendenziell immer noch nicht auszuschließen sind. Während im Gesamtergebnis der Leistungsbewertung 43% der Männer „über den Anforderungen“ und „weit über den Anforderungen“ lagen, waren es bei den Frauen 35%. Durchschnittlich wurden Teilzeitkräfte (4,4) leicht besser bewertet als Vollzeitkräfte (4,3). Beamte (4,5) schnitten durchschnittlich immer noch besser ab als tariflich Beschäftigte (4,3).

4. Frauenpolitik im Selbstverwaltungsbereich

Ziel: Verbesserung der Situation von Frauen in Ostholstein

Ende des Jahres wurde ein Sparpaket des Landes Schleswig-Holstein für 2011 und 2012 im Landtag beschlossen. Auch die **Frauenprojekte** im Land sind erheblich betroffen. Der Haushaltstitel für Frauenhäuser wurde insgesamt um 10%, der für Frauenberatungsstellen um mehr als 50% gekürzt. Dafür sollen die Landeszuschüsse für Frauenberatungsstellen künftig über Mittel des Kommunalen Finanzausgleichs abgesichert werden.
Das **Frauenhaus Ostholstein** und der **Notruf Ostholstein** sind vom Sparpaket nicht betroffen. Die Frauenberatungsstellen in Ostholstein haben in jüngster Vergangenheit bereits erhebliche Kürzungen hinnehmen müssen. Der Kreiszuschuss für die Frauenräume in Neustadt wurde im Jahr 2006 gestrichen. Durch die Integration in den Verein Notruf konnte die Beratungsstelle erhalten werden. Auch die Kreisförderung der Beratungsstelle Frau und Beruf wurde eingestellt. Um weitere Einschränkungen für Ostholstein zu verhindern, hat die GB diese Situation wiederholt im Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration dargestellt, damit die Landeszuschüsse erhalten bleiben. Zukünftig sollen die Landeszuschüsse an den Einwohnerinnen - und Einwohnerzahlen der Kommunen orientiert verteilt werden. Infolgedessen wird sowohl das Frauenhaus Ostholstein als auch der Notruf Ostholstein mit erhöhten Landeszuschüssen rechnen können.

In einer **Stellungnahme** an die Kreistagsabgeordneten forderte die GB gemeinsam mit den Schwangerenberatungsstellen im Kreisgebiet die **Einrichtung eines Verhütungsmittelfonds** für Personen mit Einkommen auf Hartz IV Niveau. Ziel war es, auch finanziell schlecht gestellten Frauen bzw. Paaren eine kostenlose, sichere Familienplanung zu ermöglichen und ungewollte Schwangerschaften zu vermeiden. Ein entsprechender Antrag wurde von einer Kreistagsfraktion in den Ausschuss für Soziales, Sicherheit und Gesundheit eingebracht, in dem er kontrovers diskutiert und vertagt wurde.
Zur Untermauerung und Unterstützung des Anliegens haben die GB und die Mitglieder des **Frauenpolitischen Arbeitskreises** eine **Unterschriftenaktion** in ihren Institutionen sowie am Eutiner Gesundheitstag durchgeführt. Insgesamt sind mehr als 1400 Unterschriften zusammen gekommen, die dem Vorsitzenden des Sozialausschusses zu den Haushaltsberatungen übergeben wurden. Der Antrag wurde im Sozialausschuss und schließlich im Kreistag mehrheitlich abgelehnt.

Der Kreistag hat zu Beginn des Berichtsjahres eine **Satzung zur Förderung der Kindertagespflege in Ostholstein** verabschiedet, die Arbeitsbedingungen und eine leistungsgerechte Vergütung für Tagespflegepersonen festschreibt. Die GB hat in einer **Stellungnahme** an die Kreistagsabgeordneten appelliert, die Konditionen für die Tagespflegepersonen bei Urlaub, Krankheit und Fortbildung zu verbessern. Die Anregungen der GB wurden nicht aufgenommen. Es wurde im Jugendhilfeausschuss vereinbart, dass die Verwaltung nach einem Jahr Praxiserfahrung einen Bericht zur Umsetzung der Satzung abgeben soll.

5. Informationen und Beratung für Frauen

Ziel: Anbieten von Information, Beratung und Vermittlung nach dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe. Handlungsbedarfe durch die mitgeteilten Diskriminierungserfahrungen der Frauen erkennen

Im Berichtszeitraum wurden 205 Beratungsgespräche durchgeführt. In rund 90% der Fälle wurden Frauen aus dem Kreisgebiet beraten, 10% entfielen auf Kolleginnen der Kreisverwaltung.

Beratungsstatistik 2010		
Problembereich	**Anzahl Beratungen**	**in Prozent %**
Kurzinformation / Vermittlung	86	42
Arbeitssituation (Konflikte, Arbeitszeit...)	57	28
Partnerprobleme (Trennung, Psych. Probl..)	28	13
Sozialleistungen (Hartz IV, Rente...)	26	13
Kinderbetreuung (Tagesmütter, Elternzeit...)	8	4
Insgesamt	**205**	**100**

6. Öffentlichkeitsarbeit

Ziel: Hilfe, Informationen und Sensibilisierung für frauenrelevante Themen durch Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen von Veranstaltungen, Informationsbroschüren und Informationen im Internet

Im Focus des **Veranstaltungsprogramms** war neben dem Themenbereich für erwerbstätige Frauen das umfangreiche Gebiet der Gesundheit:

- „**Stärken und Potentiale aktiv nutzen**“ – eine Veranstaltung am 25. Februar gemeinsam mit der Arbeitsagentur für Fachkräfte aus verschiedenen Institutionen. Ziel war , über den Wiedereinstieg in den Beruf, neue Wege der Stellensuche, Weiterbildungsmöglichkeiten von zu Hause aus und Integrationsarbeit der Arbeitsagentur zu informieren.

- „**Die Stimme als Instrument und Werkzeug**“ – ein Workshop am 27.Mai mit dem Logopädiezentrum Bad Schwartau, in dem es um den ökonomischen Einsatz der Stimme unter Einbeziehung von Kommunikationsregeln ging. Zielgruppe waren Frauen, die in Berufen arbeiten, in denen sie viel sprechen müssen.

- „**Eutiner Gesundheitstag**“ am 29. August von 11.00 – 18.00 Uhr. Institutionen, Organisationen und Selbstständige aus dem Gesundheitsbereich stellten ihre Arbeit vor. Abgerundet wurde das Angebot durch Vorträge und Mitmachaktionen.
  Diese Kooperation mit dem Gesundheitsnetzwerk der Sievert Consulting und der GB ergab sich durch den Unternehmerinnenstammtisch. Einige Stammtisch-Teilnehmerinnen konnten sich mit einem Stand an diesem Aktionstag präsentieren. Nicht zuletzt dadurch wurde das

Veranstaltungskonzept erweitert um den Bereich Alternative Medizin und Wellness, der stark von Frauen repräsentiert wurde.
Die GB hatte außerdem einen Stand des Frauenpolitischen Arbeitskreises beim Eutiner Gesundheitstag organisiert. Mitglieder des Arbeitskreises haben allein an diesem Tag rund 250 Unterschriften für einen „Verhütungsmittelfond“ des Kreises sammeln können (s.S. 6).

- Am 9. November ist der bundesweit festgelegte **Tag für seelische Gesundheit**. Gemeinsam mit dem Gesundheitsnetzwerk Sievert-Consulting wurde eine Veranstaltungsreihe ergänzend zum Eutiner Gesundheitstag ins Leben gerufen mit dem Titel „Wenn die Seele Hilfe braucht“. Es wurden vier Vorträge organisiert. Die GB hat sich mit der Organisation eines Vortrags über „Stressbewältigung als Burnoutprävention“ daran beteiligt. Die weiteren Themen waren „Seelische Gesundheit im Alter“, „Vom Umgang mit der Angst“ und „Mediensucht“.

- Zum **Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen** im November wurden wie in den Jahren davor, von einigen Bäckereien im Kreis eine Woche lang Brötchen in Tüten mit Informationsmaterial, Adressen von Beratungsstellen und der Aufschrift „Gewalt kommt nicht in die Tüte“ verkauft. Diese „Brötchentütenaktion wurde von der Landesarbeitsgemeinschaft der GB´en in Schleswig-Holstein initiiert und von den GB´en im Kreis unterstützt.

  Wie an 6000 anderen Orten in Deutschland auch, wurde die Fahne mit der Aufschrift „Frei leben - ohne Gewalt“ am Kreishaus gehisst, um öffentlich ein Zeichen gegen Gewalt an Frauen zu setzen.

Als eine oft nachgefragte Informationsquelle dient der „**Wegweiser für Frauen**“. Er enthält Adressen, Telefonnummern und Ansprechpersonen von zahlreichen Institutionen in Ostholstein, die insbesondere Frauen helfen sollen, geeignete Anlaufstellen bei Fragen und Problemen aus allen Lebensbereichen zu finden.
Den Wegweiser gibt es als **Handbuch** und er ist **online** verfügbar unter
www.kreis- oh.de/wegweiser-frauen.

Das Handbuch wurde überarbeitet und wird 2011 als „Wegweiser für Frauen und Familien“ in einer Auflage von 8000 Stück erscheinen.

Die **Internet – Seite der GB** ist unter **www.kreis-oh.de/gleichstellungsbeauftragte** zu finden. Hier wurden Schwerpunkte der Arbeit präsentiert, gleichstellungsrelevante Informationen bereit gestellt und aktuelle Veranstaltungen angekündigt. Im Rahmen der Neukonzeption des Webauftrittes des Kreises Ostholstein („Relaunch“) hat die GB an den IKISS Schulungen teilgenommen und ist dabei, die GB-Seiten zu überarbeiten.

7. Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Gruppen

Ziel: Vernetzung von Personen und Institutionen zum gegenseitigen Informationsaustausch und zur Steigerung der Arbeitseffektivität durch Kooperation

- **Frauenpolitischer Arbeitskreis**

  Vertreterinnen verschiedener Beratungseinrichtungen und Vereine sowie die weiblichen Kreistagsabgeordneten werden dreimal jährlich von der GB eingeladen, um sich über frauenspezifische Themen zu informieren, auszutauschen und gemeinsame Initiativen zu organisieren.
  Teilnehmerinnen waren im vergangenen Jahr 2010 Vertreterinnen der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, des Evangelischen Frauenwerks, der Familienbildungsstätte Eutin, des Frauenhauses Ostholstein, des Frauenrings Eutin, des Kreislandfrauenverbandes, der Kreistagsfraktionen der Grünen, der Linken und der SPD, des Notrufs Ostholstein, des Sozialdienstes katholischer Frauen, des Verbandes Alleinerziehender Mütter und Väter.
  Ein Schwerpunktthema war die Unterstützung der Einrichtung eines **Verhütungsmittelfonds** für Menschen mit geringem Einkommen. Dazu wurde vom Arbeitskreis eine breit angelegte **Unterschriftenaktion im Kreisgebiet** organisiert. Start war eine gemeinsame Pressekonferenz, auf der einige Vertreterinnen der o. g. Institutionen als Erstunterzeichnerinnen die Aktion eröffneten. Es folgte eine breit angelegte Sammlung in den teilnehmenden Organisationen und beim Eutiner Gesundheitstag. Insgesamt kamen 1410 Unterschriften zusammen. (s. auch S.5)

Frauen fordern Fonds für Verhütung

Unterschriften-Aktion: Kreis soll Geld für Einkommensschwache bereitstellen / Bis Oktober sollen mindestens 5000 Unterschriften zusammenkommen

EUTIN Mit einer Unterschriften-Aktion machen zahlreiche Frauenorganisationen jetzt Druck: Sie wollen den Kreis Ostholstein dazu bewegen, sozial Schwachen Verhütungsmittel zu bezahlen. „Es ist widersinnig, Schwangerschaftsabbrüche zu bezahlen, die Pille aber nicht“, begründete SPD-Kreistagsabgeordnete Annette Schlichter-Schenck die Aktion. Denn die Kosten für einen Abbruch übernahme das Land, das sich das Geld von den Krankenkassen zurückhole.

Geballte Frauenpower aus dem Kreis Ostholstein hat sich des Problems angenommen: Die Schwangerenberatungsstellen der Arbeiterwohlfahrt, der Sozialdienst katholischer Frauen Eutin, der Notruf Ostholstein, Teilnehmerinnen des Frauenpolitischen Arbeitskreises aus der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, das evangelische Frauenwerk Ostholstein, die Familienbildungsstätte Eutin, das Frauenhaus Ostholstein, die Gleichstellungsbeauftragten im Kreis, der Verband Alleinerziehender Mütter und Väter Eutin sowie frauenpolitische Vertreterinnen aus den Kreistagsfraktionen.

Vorbild sind aus Sicht der Frauen-Organisationen der Kreis Stormarn sowie die Städte Flensburg und Lübeck, die trotz ähnlich schlechter Finanzlage wie im Kreis Ostholstein die Kosten der Verhütungsmittel als Präventivmaßnahme trügen. Die SPD-Kreistagsabgeordneten wollen den Fonds mit jährlich 40000 Euro ausstatten.

Entstanden sei das Problem durch Hartz IV und das Gesundheitsmodernisierungsgesetz (GMG). Dieses sehe keine „Hilfen zur Familienplanung“ mehr vor, die bis 2004 von den Sozialämtern übernommen worden seien. Lediglich für Frauen bis zum vollendeten 20. Lebensjahr sei die Kostenübernahme für Verhütungsmittel durch die Kassen gesichert. Danach müssten Hartz-IV-Empfänger aus dem Regelsatz von 359 Euro auch die Kosten für Verhütungsmittel bestreiten. Durchschnittlich schlügen diese monatlich mit zehn Euro zu Buche. Zwar fordern die Kreis-Gleichstellungsbeauftragten Silke Meina und Christine Ewers eine Gesetzesänderung auf Bundesebene für eine „kostenlose Pille“. Doch bis dahin sehen sie den Kreis in der Pflicht.

Mindestens 5000 Unterschriften sollen zusammenkommen und Anfang Oktober dem Kreispräsidenten Joachim Wegener übergeben werden. Die Unterschriftenlisten liegen kreisweit in allen Rathäusern und den genannten Institutionen aus. Wer die Aktion unterstützen will, kann die Listen unter www.kreis-oh.de/gleichstellungsbeauftragte ausdrucken und ausgefüllt den Gleichstellungsbeauftragten vor Ort übergeben. *emm*

Die Vertreterinnen der beteiligten Institutionen hoffen auf große Solidarität und unterzeichneten gestern als Erste. EMM

OHA v. 7.7.2010

Im Juli 2010 haben die Teilnehmerinnen des frauenpolitischen Arbeitskreises eine **Planungsgruppe** für eine gemeinsame **Veranstaltungsreihe zum 100-jährigen Jubiläum des Internationalen Frauentages in 2011** gegründet. Unter der Federführung der GB wurden Veranstaltungen und Aktionen der mitwirkenden Institutionen und Vereine zu einem beachtlichen Programm zusammengetragen (s. Top 8, Ausblick).

- **KIK Ostholstein**

Leiterinnen und Leiter der Amtsgerichte, Fachkräfte der Polizei und der Behörden und Beratungsstellen trafen sich viermal im Berichtszeitraum und konnten seitdem den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit bei der Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes deutlich verbessern. Hauptthemen waren u.a. das Umgangsrecht, Antragstellung im Gewaltschutzverfahren und die Gerichtshilfe. Das Vorhaben, die Täterarbeit in Ostholstein zu etablieren ist leider an den Sparmaßnahmen des Landes vorerst gescheitert.

- **Arbeitsgemeinschaften der GB´ en**

Die Vernetzung der GB´ en erfolgt auf regionaler und überregionaler Ebene.
Sie dient dem Informationsaustausch, der gegenseitigen Unterstützung in Form einer überörtlichen Zusammenarbeit zu verschiedenen Themen und der Initiierung gemeinsamer Aktionen.

Die GB´ en in Ostholstein trafen sich im Berichtszeitraum fünf Mal und erarbeiteten gemeinsame Anträge an die Landesarbeitsgemeinschaft der Gb`en, informierten und unterstützten neue ehrenamtliche GB im Kreis und tauschten sich über aktuelle Gleichstellungsprobleme aus. Außerdem wurde der Aufbau eines kommunalpolitischen Frauennetzwerkes diskutiert und mit Planungen für eine gemeinsame Auftaktveranstaltung begonnen.

Im Rahmen der Landes- und der Bundesarbeitsgemeinschaft wurde an vielfältigen frauenpolitischen Themen gearbeitet. Es wurden u. a. Stellungnahmen verfasst, die an die politisch Verantwortlichen weitergeleitet wurden.

8. Ausblick

Das hundertjährige Jubiläum des Internationaler Frauentags am 8. März 2011 hat die GB´ en und viele andere frauenpolitisch arbeitende Institutionen zur Planung eines besonderen Projektes veranlasst. Unter der Federführung der GB ist ein vielseitiges Veranstaltungsprogramm geplant worden, dessen Vorbereitung und Durchführung die ersten Monate des neuen Jahres in Anspruch nehmen wird.
Der Wegweiser für Frauen und Familien wird zu Beginn des neuen Jahres erscheinen.
Außerdem wird die GB die bewährten Aufgaben und Arbeitskreise der letzten Jahre weiterführen und im Laufe des Jahres immer wieder aktuelle frauenpolitische Probleme aufgreifen und in ihre Arbeit integrieren.